

6. Aug. 1934

Kirche und Staat

III.

Prof. Barths eigenartige Haltung zur Demokratie

Nachdem wir aus dem Brief von Regierungsrat Dr. Feldmann an Professor Barth die Stellen veröffentlichten, in denen der Kirchendirektor zu den Monopolbestrebungen des Hauptes der Barthianer (Professor Barth ist nur Führer dieser Richtung und nicht, wie irrtümlich geschrieben wurde, auch der nach keiner Vormachtstellung strebenden Positiven) und nachdem wir die Stellungnahme Feldmanns zur merkwürdigen Haltung Professor Barths dem Kommunismus gegenüber wiedergaben, sei zum Schluß noch die Auseinandersetzung mit Barths Haltung der Demokratie gegenüber publiziert.

Regierungsrat Feldmann schreibt:
„Auf Seite 15 Ihrer Schrift lehnen Sie es ab, das „demokratische“ Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an anderen Stellen (Seite 28) betonen Sie dann doch wieder: „Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren.“ Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie (Seiten 26, 30 und 31 Ihrer Schrift) die „Tyrannei“ im Prinzip ablehnen, weshalb

t
b
r
=

6. Aug. 1956

denn auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur ist ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, daß der rechte Staat gelegentlich sogar die Gestalt der Diktatur tragen könne, wie Sie es auf Seite 36 tun.“

„Die Diktatur ist die Tyrannei, welche Sie im Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prinzip anerkennen. Das sind unlösbare Widersprüche. Man kann nicht als recht ansehen, was man verwirft. Wie soll man sich diese seltsamen Widersprüche erklären? Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich nach keiner Seite hin festlegen oder behaften zu lassen? Hält man auf diese Weise nicht einfach „für alle Fälle“ und „für jeden etwas“ bereit?

Sei dem, wie es sei: Die heutige Zeit verlangt sicher eine klarere Stellungnahme zu den freiheitlichen demokratischen Staatsgrundlagen von einer Kirche, die eine von einem freiheitlichen, demokratischen Staate anerkannte Landeskirche sein will. Mit dem Willen unseres Volkes, seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen, hat auch eine Landeskirche zu rechnen, will sie nicht jeden Einfluß auf den Gang der politischen Entwicklung verlieren. Unklarheit und Inkonsistenz in der Stellungnahme zu den Existenzgrundlagen der Demokratie zeigt sich besonders deutlich auch in Ihrem seltsamen Urteil über die politischen Parteien, bezeichnen Sie doch auf Seite 37 Ihrer Schrift die politischen Parteien expressis verbis als „eines der fragwürdigsten Phänomene des politischen Lebens: keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen“. Sind Sie sich der Tatsache bewußt, daß eine wirklich freiheitlich organisierte und nach freiheitlichen Grundsätzen geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Einparteienstaat? — dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen „rechten“ Staat darstellen könne — oder ein Keinparteienstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein „vielleicht, vielleicht auch nicht“ oder „sowohl — als auch“, sondern es gibt nur ein klares Entweder-Oder: Wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung

der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende „Distanz“, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, „daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht“. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maße dieses Desinteressement mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: Mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtwürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit heischigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Regierung seines guten Willens schafft man „Menschenmaterial“ für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Behörden überhaupt zum Wort zu kommen und gehört zu werden? Sie selbst weisen ja auf Seite 36 Ihrer Schrift auf die „Affinität zwischen der Christengemeinde und der Bürgergemeinde der freien Völker“. Es besteht ja doch wohl nicht nur eine „Affinität“, sondern ein tatsächlicher, und zwar sehr bedeutungsvoller Zusammenhang zwischen einer Staatsform, die den einzelnen Bürger immer wieder unter seiner Verantwortung zur Entscheidung aufruft und einer religiösen Auffassung, die, wie Sie selbst auf Seite 28 Ihrer Schrift hervorheben, ihrerseits den Menschen vor seine Verantwortung stellt.“

Nach diesem Brief von Regierungsrat Dr. Feldmann, aus dem wir nun in den letzten Nummern unserer Zeitung die wichtigsten Stellen zitierten, verzichtete Professor Barth aus begreiflichen Gründen auf die eigentliche Aussprache.

KBA 5223